



### Marschall Cadorna †.

Am 18. Dezember ist der frühere Oberkommandierende der italienischen Armee, Marschall Graf Cadorna, im Alter von 78 Jahren gestorben.

Jetzt hat der Tod wieder eine Persönlichkeit dahingerafft, die mit den Geschickschickseln des blutigen Weltkrieges auf ewig verbunden sein wird. Zwar wird der Name Cadornas weniger mit großen strategischen Leistungen verknüpft sein als mehr mit einer verhängnisvollen Niederlage der italienischen Truppen. Aber Cadorna war zweieinhalb Jahre hindurch der Generalstabschef der italienischen Streitkräfte im Krieg, Urheber der blutigen und zweifelhaften Schlachten am Isonzo, somit eine Persönlichkeit, die eine bestimmende Rolle im Weltkrieg zu spielen hatte. Das Leben dieses Mannes ist nicht frei von einer gewissen Tragik. Sein rascher Aufstieg zu den höchsten militärischen Stellen Italiens könnte vielleicht nachweisen, daß man es bei Cadorna mit einem wirklich fähigen Offizier zu tun hatte. Vielleicht lag aber seine Fähiigkeit mehr in der Theorie als in der Praxis. Denn die Praxis sprach seiner strategischen Kunst ein geradezu vernichtendes Urteil. Wenn man sich die Frage vorlegt, wie es kam, daß einem Oberbefehlshaber, der zweieinhalb Jahre lang nur Misserfolge nach Hause melden konnte, so lange Zeit das Vertrauen seiner Regierung und seines Volkes bewahrt blieb, so wird man auf die Tatsache hinweisen müssen, daß Cadorna der Sohn jenes Mannes war, der an dem denkwürdigen 9. September 1870 die italienischen Truppen nach Rom, der ewigen Stadt, führte. Der Name Cadorna war also für das italienische Volk ein Begriff, der wiederholt gemacht kann. Vernichtet wurde dieser Begriff erst durch die große Niederlage Cadornas bei Karfreit, mit einer Niederlage, die fast einem Zusammenbruch der italienischen Seemacht im Weltkrieg gleichkam. Diese schwerste Stunde des italienischen Volkes brachte auch Cadorna den Sturz von der höchsten Stelle in die tiefsten Tiefen. Cadorna wurde seines militärischen Amtes entsetzt, man sprach ihm seinen Rang und sein Ruhegehalt ab, sein Name war eine Schandmarke für Italien geblieben. Erst als es den übrigen Alliierten Italiens im Weltkrieg, gelang, Italien in die Front der „Sieger“ einzureihen, begann man etwas milder über die wenig glücklichen Taten Cadornas zu urteilen. Er wurde schlichtlich rehabilitiert und erhielt auch den Feldmarschallsrang. Diese verspätete Ehrung hat Cadorna innerlich wohl kaum rehabilitiert. Er blieb ein gebrochener Mann, der die letzten Jahre seines Lebens in strengster Zurückgezogenheit verbrachte. Graf Louis Cadorna wurde am 4. September 1850 in Pallanza geboren. Er ist also 78 Jahre alt geworden. Er machte rasch Karriere im Generalstab, machte seinen Namen als militärischer Schriftsteller bekannt, wurde mit 55 Jahren bereits Kommandant des 4. Armeekorps in Genoa; schon lange vor dem Weltkrieg war Cadorna außerordentlich im Kriegsfalle den Oberbefehl der italienischen Truppen zu übernehmen.

### Die Vorgänge in Afghanistan.

London. Der Times-Korrespondent in Peshawar berichtet die letzte Lage in Afghanistan mit der im Jahre 1928 und laut, da wie damals der Winter vor der Tür stehe, werde Abdul Aman Shah wie bei der Abdur-Rahman Zeit haben, Streitkräfte zu organisieren, um dann im Frühjahr durch Ueberredung, Zwangsmaßnahmen und Gewaltanwendung den Unruhen ein Ende zu machen. Angesichts der bereits einsetzenden Schneefälle und harter Räte werden binnen kurzem umfangreiche Unternehmungen der Aufständischen unendlich sein.

### Ehrung der Mannschaft des Geleitschiffes „Geros“.

Hamburg. Der Geleitschiff „Geros“ der Bugler, Reederei- und Vergewaltigungs-Gesellschaft, der am 26. November d. J. unter den schwierigsten Verhältnissen im Kanal die Befreiung des Schiffes „Sommer“ rettete, ist gestern nachmittags im Hamburger Hafen wieder eingetroffen. Zur Begrüßung hatten sich an St. Pauli-Landungsbrücken Vertreter des Senats, der Reederei und des Verbandes deutscher Seefahrer und Steuerleute auf kleiner Fahrt eingefunden. Senator Dürsch dankte dem Kapitän und der Besatzung des „Geros“ im Namen des Senates. Nach ihm sprachen Direktoren der Reederei und Delegierte seemannlicher Verbände. Am Freitag oder Sonnabend dieser Woche wird für die Befreiung des Schiffes im Rathaus ein Empfang veranstaltet, bei dem ihnen Auszeichnungen der Reichsregierung, des Hamburger Senats und der Deutschen Seemannschaft zur Rettung Schiffbrüchiger überreicht werden.

### Das Berufungsurteil gegen die Leuna-Angestellten.

Frankenthal. Die Strafkammer hat nach eingehender Verhandlung in der Berufungssache der im Frühjahr wegen Verleumdung verurteilten Leuna-Angestellten auf folgende Strafen erkannt: Stalkmann 300 M. Geldstrafe oder 30 Tage Gefängnis, Wierlich 100 M. Geldstrafe oder 10 Tage Gefängnis, Trübner 400 M. Geldstrafe oder 40 Tage Gefängnis, Dörsch 300 M. Geldstrafe oder 30 Tage Gefängnis. Bei Dörsch und Trübner werden je 10 000 M. der Staatskasse verfallen erklärt.

## Die Verständigung über die Sachverständigenfrage.

Paris. Man teilt mit, daß die allgemeine Verständigung über die Reparationsfrage sich nunmehr endgültig befristet hat. Die französische Regierung habe jetzt nach ihrer Äußerung über die letzten Verhandlungen mit Deutschland zu unterrichten. Das sei nur eine einfache Frage der Öffentlichkeit, da England und die anderen interessierten Mächte Frankreich volle Handlungsfreiheit gegeben hätten. Es sei wahrscheinlich, daß die verschiedenen Regierungen auf eine identische Antwort an Deutschland verzichten und sich begnügen werden, der Presse in zwei oder drei Tagen in einer zur Zeit noch nicht genau festgelegten Form das Endergebnis der Besprechungen zur Kenntnis zu bringen. Es sei ferner wahrscheinlich, daß der englische Botschafter in Washington Sir Edme Howard in seiner Eigenschaft als Vizepräsident des Diplomatischen Korps — in diesem Falle natürlich beschränkt auf die sechs teilnehmenden Mächte — beauftragt werde, die Vereinigten Staaten anzufragen, an den Sachverständigenarbeiten teilzunehmen.

### Die Verhandlungen der Reparationsgläubiger.

Berlin. Der Meinungs-austausch unter den ehemaligen alliierten Regierungen über die technischen Vorbereitungen der Sachverständigenkonferenz für die Reparationsfragen scheint nunmehr abgeschlossen zu sein. Aus einer „Matin“-Mitteilung geht hervor, daß die französische Regierung die Absicht hat, die übrigen Reparationsgläubiger über die letzten deutsch-französischen Besprechungen zu unterrichten. Der „Matin“ scheint auch über den weiteren modus procedendi gut unterrichtet zu sein. Er spricht davon, daß die beteiligten Regierungen auf eine Antwort an uns verzichten werden und daß man sich damit begnügen würde, der Presse in einigen Tagen in einer bisher noch nicht festgelegten Form das Endergebnis der gesamten Besprechungen zur Kenntnis zu bringen. Die Aufforderung an die Vereinigten Staaten, sich an der Konferenz zu beteiligen, scheint sich in der Weise zu äußern zu sollen, daß der englische Botschafter nicht als Vertreter seiner Regierung, sondern als Vizepräsident der Vereinigten Staaten accreditierten Diplomaten für die sechs beteiligten Mächte die Konvention bei der Regierung der Vereinigten Staaten vornehmen wird.

### Zum Ministerwechsel im Volksbildungsministerium.

Der erweiterte geschäftsführende Vorstand des Landesverbandes der christlichen Elternvereine Sachsen e. V. hat am 17. Dezember 1928 nachstehende Entschließung einstimmig gefaßt:

Der erweiterte geschäftsführende Vorstand des Landesverbandes der christlichen Elternvereine Sachsen bedauert aus schmerzlichen, daß angesichts des angekündigten Ministerwechsels im Volksbildungsministerium parteipolitische Belange in den Vordergrund und über die allgemeine Belange der sächsischen Gesamtbevölkerung gestellt werden!

Mit Entrüstung weisen wir es zurück, daß Staatsbürger, die als Glieder ihrer Religionsgesellschaft auf Grund ihrer Staatsbürgerrechte in Erfüllung ihrer religiösen Pflichten tatkräftig für diese eingetreten sind und für die Ausführung der Artikel 149 und 146, Absatz 2 der Reichsverfassung sich einsetzen, von vornherein bedrohen oder wegen ihrer kirchlichen Bindungen als ungeeignet für einen Ministerposten von Landtagsparteien bezeichnet werden!

Nach wie vor gehört die übergroße Mehrheit der sächsischen Bevölkerung dem evangelisch-lutherischen Bekenntnis an. Nach wie vor steht die Mehrheit der sächsischen Elternschaft auf dem Boden der christlichen Bekenntnisfreiheit!

Auf schärfste verurteilen wir weiterhin die übergroße Rücksichtnahme auf die kulturpolitische Einstellung der Führung des sächsischen Lehrervereins, die doch nicht einmal von allen seinen Mitgliedern vertreten wird, und die dadurch bedingte Ablehnung eines der Lehrgemeinschaft „nicht genehmene“ Staatsbürger als Minister. Die Drohung mit dem Abbruch der Lehrgemeinschaft darf nicht scheitern. Der Lehrer ist Staatsbeamter. Staatsbeamte haben ihre Pflicht unter jedem Minister zu erfüllen.

Wir verlangen nach wie vor ein Volksbildungsministerium, das die verfassungsmäßig verbriefte Rechte evangelisch-lutherischer Eltern wahr und die evangelisch-lutherische Elternschaft nicht hinter die Minister zurückstößt. Von diesem, jedem bisherigen Volksbildungsministerium eindeutig gegenüber zum Ausdruck gebrachten Standpunkte, werden wir auch in Zukunft keinen Fuß breit abweichen!

### Was wird aus den Schindau-Werten?

Berlin. Ueber die Schindau-Werte. Werte waren in einem Teil der deutschen Presse in letzter Zeit wiederholt vollkommen irreführende und den Sachverhalt entstellende Nachrichten verbreitet. Tatsache ist, wie wir an zureichender Stelle in Erfahrung bringen konnten, daß die Schindau-Werte im Jahre 1928 vom Reich einen Kredit in Höhe von 11 Millionen Reichsmark erhielten, der allerdings insolge der letzten Konjunktur vermindert wurde. Im Jahre 1928 erhielten die Werte weitere Subventionen vom Reich in Höhe von 5,15 Millionen Reichsmark und zwar aus den für derartige Zwecke vorgesehenen Staatsmitteln. Das Reich hat also die gefährdeten Schindau-Werte in dem Umfange unterstützt wie mehrere andere größere wirtschaftlich gefährdete Unternehmungen der Schiffbau-Industrie. Wie wir hören, sollen die Schindau-Werte nunmehr in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden, an der sich auch das Reich beteiligen soll und zwar mit einem Kapital von 25 Millionen Reichsmark. Dazu soll sich das Reich verpflichten, in einem Zeitraum von 10 Jahren jährlich einen Zuschuß von 2,5 Millionen Reichsmark zu leisten. Mit dieser Angelegenheit beschäftigt sich zur Zeit der Haushaltsausschuss des Reichstages. Die Entscheidung wird voraussichtlich bereits Ende Dezember fallen.

### Untersuchung

### wegen der Fälschung von Kriegsanleihen.

Berlin. Dem mit der Untersuchung der großen Kriegsanleihefälschungen beauftragten Landgerichtsrat Dr. Brühl ist es gelungen, durch Vernehmung des holländischen Bankiers Stenamp festzustellen, daß Regierungsrat Dr. Steiger, gegen den das Disziplinarverfahren noch immer läuft, für seine Bemühungen um Stenamp 37 000 Mark erhalten hat, und zwar dafür, daß Dr. Steiger dem Stenamp die Anerkennung der zuständigen Behörde für die nachträgliche Anmeldung von Kriegsanleihe verdachte. Von den 37 000 Mark soll Dr. Steiger zum Stenamps Aussage dem Wiener Kaufmann Bela Groß die Hälfte abgegeben haben. Sehr wichtig ist auch die Feststellung, daß nach neueren Ermittlungen seinerzeit in der Tat auch Kommunen Kriegsanleihe aufzukaufen haben sollen. Hierbei soll es sich um Beträge handeln, die noch wesentlich größer sind als die Anmeldungen durch die Angehörigen von Hugo Stinnes. Man spricht von Beträgen in Höhe von 600 bis 800 Millionen Mark. Die Untersuchung hat einen derartigen Umfang angenommen, daß an ihren Abschluß noch lange nicht zu denken ist.

### Schon wieder ein Fabrikbrand in Berlin.

Berlin. (Funkpruch.) Heute um 5 Uhr morgens, kaum 2 Tage nach der furchtbaren Brandkatastrophe in der Schönleinstraße, hat Berlin bereits wieder einen Fabrikbrand erlebt, der hinsichtlich der äußeren Verhältnisse fast an die Brandkatastrophe in der Schönleinstraße

erinnert, aber angesichts der frühen Stunde erfreulicherweise keine Opfer an Menschenleben und keine Schwerkverwundeten gefordert hat. Es brannte auf einem Grundstück in der Stralauer Straße im Osten Berlins ein Fabrikgebäude im 2. Hof eines Gebäudekomplexes. Auch hier sind 4 Betriebe, nämlich eine Tisch-, eine Tüten-, eine Mähen- und eine Schilder-Fabrik in einem einzigen Gebäude untergebracht, dessen drei obere Stockwerke in Flammen aufgingen. Der Sachschaden ist beträchtlich. Die Feuerwehr, die angesichts der vorliegenden brennenden Erfindungen sofort mit dem beträchtlichen Aufgebot von 8 Jünger erschienen war, konnte mit einem großen Aufwand an Schlauchleitungen innerhalb zwei Stunden das Feuer niederkämpfen. Ein Mann, der von dem Feuer im Schlaf überrascht und dem der Weg ins Freie durch die starke Rauchentwicklung verlegt worden war, konnte über eine Balkenleiter gerettet werden.

### Erläuterung des Polizeipräsidenten zu dem Brandunglück in der Schönleinstraße.

Berlin. Der Polizeipräsident teilt zu dem Brandunglück in der Radiofabrik Dr. Paeder u. a. mit: Nach den geltenden Bestimmungen hatte der Inhaber der Fabrik, Trojki, die Verpflichtung, seinen Betrieb der Polizei anzumelden, wenn er dauernd oder auch nur vorübergehend mehr als 50 Kilogramm Zelluloid in den Betriebsräumen verarbeitet oder lagerte. Trojki ist dieser Verpflichtung nicht nachgekommen, so daß die Gewerbebehörde mit dem Vorhandensein größerer Mengen Zelluloid nichts wußte. Hätte Trojki ordnungsmäßig seinen Betrieb angemeldet, so würde die Gewerbebehörde im engen Zusammenarbeiten mit der Feuerpolizei sofort geprüft haben, ob und inwieweit der Betrieb in den Räumen Schönleinstraße zugelassen werden konnte. Ein schuldhaftes Unterlassen der staatlichen Dienststellen liegt somit nicht vor, da diese Stellen von sich aus keine lückenlose Kenntnis davon haben können, an welchen Stellen und in welchen Gebäuden Berlin derartige Betriebe vorhanden sind. Die Polizei ist daher auch in diesem Falle auf die Mitarbeit der Bevölkerung angewiesen, die deshalb nochmals dringend gebeten wird, alle ihre Wahrnehmungen nach dieser Richtung hin zur Anzeige zu bringen. Da nach dem Ergebnis der polizeilichen Ermittlungen feststeht, daß sich der Inhaber Trojki durch seine Nichtbeachtung der geltenden Vorschriften und durch mangelhafte Beaufsichtigung des Betriebes der schuldhaften Brandstiftung und der schuldhaften Fälschung schuldig gemacht hat, so ist gegen Trojki ein kriminalpolizeiliches Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Zum Schluß muß noch festgestellt werden, daß die Behauptung einer Berliner Zeitung, Trojki sei ein Agent der politischen Polizei gewesen, völlig aus der Luft gegriffen ist.

### Zur Neutöner Brandkatastrophe.

Berlin. Im Preussischen Landtag stellen die Sozialdemokraten im Hinblick auf die große Neutöner Brandkatastrophe den Antrag auf Vermehrung der Gewerbeinspektoren. Der Antrag wurde ohne Aussprache dem Handels-Ausschuss überwiesen.

Berlin. Vor Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen Sitzung des Preussischen Landtags gab die Präsidentin Bartels, während sich die Abgeordneten von ihren Plätzen erhoben hatten, bei der schweren Brandkatastrophe in Berlin-Neutölln, bei der bis jetzt 3 Personen getötet und mehr als 30 schwer verletzt wurden. Er sprach den Vertretern die herzliche Teilnahme des Landtages aus und richtete an die Staatsregierung den Appell, diesen schweren Unglücksfall mit zum Anlaß zu nehmen, um nachzusuchen, inwieweit die Schutzvorschriften für feuergefährliche Betriebe einer Ergänzung bedürfen.

### Der Zusammenstoß mit den Rulmbacher Raubräubern.

Rulmburg. (Funkpruch.) Zu dem bereits gemeldeten Gefecht mit den Rulmbacher Raubräubern wurden noch folgende Einzelheiten bekannt. Die beiden Verbrecher waren in Untersteina in den Personenzug Lichtenfels-Hof eingestiegen und hatten Fahrkarten nach Plauen gelöst. Der Stationsvorsteher in Untersteina erkannte jedoch die Räuber und verständigte die Gendarmeriestation Reuenmarkt-Wersberg. Die Beamten bekamen bei Eintreffen des Zuges den Wagen, in welchem die Räuber saßen. Diese eröffneten sofort das Feuer und töteten den Gendarmeriekommandanten Kraus aus Reuenmarkt durch 4 Schüsse nieder, die alsbald seinen Tod herbeiführten. Der eine der Verbrecher flüchtete dann in Richtung Rulmburg, der andere rannte über die Weise in einen nahen Garten, wo er sich erschöpfte, weil er keinen Ausweg mehr sah. Man fand bei ihm einen Scheid auf 4000 Mark und Bargeld. Die Ausweisepapiere, die er bei sich trug, lauteten auf Josef Braun, Brauer aus Galtzofen bei Reuenmarkt. Die Untersuchung der braunen Kofferstücke in Rulmbach hat ergeben, daß insgesamt 18 188 Mark erbeutet worden sind.

Rulmburg. (Funkpruch.) Der nach dem Zusammenstoß mit den Rulmbacher Raubräubern in Reuenmarkt-Wersdorf geflüchtete Verbrecher wird in der Gegend Rulmburg-Tab Steinach vermutet. Die in Stärke von 100 Mann bei Lichtenfels zusammengezogene Landespolizei wurde nach Reuenmarkt beordert. Inzwischen haben 30 Landespolizisten bereits die Verfolgung des Flüchtigen aufgenommen. Sein Gefährte, der sich, wie bereits gemeldet, nach dem Zusammenstoß in Reuenmarkt einen Kopfschlag